

Pegida und ihre Identitären

Montagsgänger hielten in Sachsens Landtag Luxemburg-Losung hoch. Seite 5

Foto: AFP/Jens Schlueter

Studie zu Antisemitismus

Die Dunkelziffer von jüdenfeindlichen Übergriffen in Berlin ist hoch. Seite 11

Isaak Babel neu entdeckt

Geboren 1894, ermordet 1940: Erst jetzt erschien sein Erzählwerk als Gesamtheit auf Deutsch. Seite 17



Foto: akg/Russian Picture Service

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 8. Januar 2015

70. Jahrgang/Nr. 6

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein Anschlag auf uns alle

Tom Strohschneider über die Bluttat gegen »Charlie Hebdo«

»Wir veröffentlichen Karikaturen über jeden und alles jede Woche«, so hat Chefredakteur Stéphane Charbonnier einmal das Programm von »Charlie Hebdo« beschrieben. Er hatte dies vor ein paar Jahren in Erinnerung rufen müssen, weil der Satirezeitung irgendwann das Etikett »islamkritisch« aufgeklebt worden war. Nie wäre es jemandem in den Sinn gekommen, von einem »christuskritischen« Magazin zu sprechen – trotz all der Jesuskarikaturen.

Charb und viele weitere Menschen sind nun Opfer von Mördern geworden, die laut Zeugen während ihrer grausamen Tat den Propheten Mohammed priesen.

Was in Paris geschehen ist, ist zuallererst ein Akt der Barbarei gegen Menschenleben. Das Mordopfer ist zweitens eine Attacke gegen die Pressefreiheit und das Recht auf Satire – die beide den Kirchen erst in langen Kämpfen abgetrotzt werden mussten. Wer im Namen irgendeiner Religion als Blasphemie ablehnt, was ein Grundpfeiler demokratischer Öffentlichkeit ist, stellt sich gegen die Ideen der Aufklärung – und damit gegen eine Grundlage für wirkliche politische Emanzipation. Die Tat von Paris ist damit ein Anschlag auf uns alle.

Und sie ist nicht zuletzt auch dies: eine Attacke gegen die übergroße Mehrheit der Muslime, die nichts gemein haben mit den feigen Mördern und ihrem Missbrauch einer Religion. Der Anschlag, so ist zu fürchten, wird nun auch denen zum neuerlichen »Beweis« gereichen, die keinen Unterschied kennen wollen zwischen Islamisten und Muslimen.

UNTEN LINKS

Zu den Botschaften, mit denen die Menschen in der Zeit um Weihnachten und Jahreswechsel in ihrer Besinnlichkeit gestört und zu Demut und Devotion angestiftet werden sollen, gehört der Klassiker, dass es nur eine Erde gebe. Mal abgesehen davon, dass erst dieser Tage US-Forscher acht (!) erdähnliche Planeten entdeckt haben, kann man wohl mit Fug und Recht davon ausgehen, dass die Chinesen, die ja auch sonst alles kopieren, längst irgendwo eine zweite Erde versteckt haben. Wobei es ja durchaus sinnvoll sein kann, wenn eine wichtige Sache nur einmal existiert. Beispielsweise die Fernbedienung, deren feste Platzierung in der Hand eines reifen Menschen sich gerade an Feiertagen bewährt. Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass wir viele tolle Dinge seit der jüngsten Bescherung sogar dreifach haben: Spaghettizange, Apfelnkerne, Pellkartoffelspiß ... Vor überstürztem Umtausch sollte man klären, ob sich mit dem Zeug irgendwie die Erde retten lässt. *ibo*

Je suis Charlie

Zwölf Tote bei Anschlag auf französische Satirezeitung in Paris



Foto: AFP/Bertrand Guay

Berlin. Die aktuelle Ausgabe von »Charlie Hebdo« war gerade an den Kiosken. Am Mittwochvormittag gegen 11.30 Uhr drangen mindestens zwei schwer Bewaffnete in die Redaktion der satirischen Wochenzeitung in Paris ein, eröffneten das Feuer und richteten ein Blutbad an. Mindestens zwölf Menschen starben, darunter Chefredakteur Stéphane Charbonnier alias Charb, seine Zeichnerkollegen Wolinski, Cabu und Tignous, sein Leibwächter sowie zwei Polizisten. Unter den Opfern ist auch der Ökonom Bernard Maris, der unter dem Pseudonym Uncle Bernard für die Zeitung schrieb. Vier weitere Menschen wurden schwer

verletzt. Laut Zeugen sollen die Angreifer »Allah ist groß« und »Wir haben den Propheten gerächt« skandiert haben. Sie konnten fliehen.

Vor allem für ihre bissigen politischen Zeichnungen ist die 1992 gegründete linke Zeitung bekannt – und dafür, religiöse Themen nicht von der Satire auszunehmen. Wegen ihrer Mohammed-Karikaturen erhielt die Redaktion von »Charlie Hebdo« in den vergangenen Jahren wiederholt Drohungen, am 2. November 2011 wurde nach Erscheinen einer Sonderausgabe »Charia Hebdo« von »Chefredakteur Mohammed« ein Brandanschlag auf den Sitz der Zeitung am Boulevard Davout verübt. Die Redak-

teure hätten seit Jahren mit dieser Bedrohung gelebt, das französische Innenministerium habe sie unter Polizeischutz gestellt, berichtete der Anwalt von »Charlie Hebdo«, Richard Malka. Doch »gegen Barbaren, die mit Kalaschnikows kommen, ist nichts zu machen«.

Präsident François Hollande sprach am Tatort von einem »Terrorakt«. Die »Barbarei« sei ein »Schock für Frankreich«. Zahlreiche Politiker und Organisationen verurteilten den Mordanschlag. Für den Abend wurde unter dem Motto »Je suis Charlie« (Ich bin Charlie) zu einer Kundgebung in Paris für Pressefreiheit und Demokratie aufgerufen. *rst* Seiten 2 und 15

Vorfreude auf Griechenlandwahl

Solidaritäts-Appell für SYRIZA von linken Intellektuellen / Erste Planspiele der Bundesregierung

Will die Bundesregierung Griechenland im Falle eines linken Wahlsieges den Geldhahn zu drehen? Das Dementi ist lau.

Berlin. Ökonomen, Sozialwissenschaftler, Gewerkschafter, linke Politiker und Intellektuelle aus Europa und Nordamerika haben in einem Appell ihre Solidarität mit dem griechischen Linksbündnis SYRIZA bekundet. Dessen möglicher Sieg bei den kommenden Parlamentswahlen »geht alle an, die einen Richtungswechsel in Europa anstreben. Er wäre Ausdruck der Forderung nach Menschenwürde, Gerechtigkeit und Hoffnung«, heißt es in dem Aufruf, dem sich über 300 kritische Intellektuelle als Erstunterzeichner angeschlossen haben. Darunter finden sich die kritischen Wissenschaftler Elmar Altvater, Etienne Balibar, Christoph Butterwegge, James K. Galbraith, Michael Hardt, David Harvey, Bob Jessop und Leo V. Panitch sowie die LINKE-Politikerin

Kerstin Kaiser und der Filmemacher Ken Loach.

Es gelte nun, »überall in Europa diejenigen zu unterstützen, die für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse kämpfen« und »gemeinsam mit der griechischen Bevölkerung ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa aufbauen wollen«, heißt es in dem Aufruf weiter. Die Drohungen und der Druck, die seitens der Staats- und Regierungschefs der EU, der Troika und der Finanzinstitutionen ausgeübt werden, um die Wahl der griechischen Bevölkerung zu beeinflussen, werden darin als inakzeptabel bezeichnet.

Insbesondere die deutsche Regierung denkt laut Medienberichten für den Fall eines SYRIZA-Wahlsieges über ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nach. Wie die »Bild«-Zeitung am Mittwoch unter Berufung auf Regierungskreise berichtete, gibt es auch bereits ers-

te Planspiele im Bundeskanzleramt. Sollte das Bündnis um Alexis Tsipras gewinnen und den »Reformkurs« abbrechen, würde die ausstehende Rate von zehn

Der mögliche Sieg von SYRIZA bei den kommenden Wahlen in Griechenland geht alle an.

Aus dem Appell

Milliarden Euro aus dem letzten Hilfsprogramm nicht an Athen überwiesen werden.

Aus Berlin kam ein halbes Dementi zu dem Bericht. Die Bundesregierung beteilige sich nicht an Spekulationen, schon gar nicht an Spekulationen über ein mögliches Ausscheiden eines Eurolandes, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. »Ich kenne auch

solche Ausarbeitungen nicht.«

Die EU-Kommission hatte bereits dieser Tage daran erinnert, dass der EU-Vertrag das Ausscheiden eines Mitglieds aus dem Euroraum ausschließt. Nach Informationen der »Zeit« wird in Berlin und Brüssel sondiert, wie ein möglicher Kompromiss mit dem SYRIZA-Chef aussehen könnte. Es sei auch registriert worden, dass Tsipras inzwischen weniger aggressiv auftrete als noch vor Monaten, schreibt das Blatt. Dies werde als Indiz dafür angesehen, dass er für Verhandlungen offen wäre.

Laut EU-Parlamentspräsident Martin Schulz handelt es sich bei der Austrittsdiskussion um »verantwortungslose Spekulationen«. Diese seien »wenig hilfreich«, sagte der SPD-Politiker der Zeitung »Die Welt«. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, warf der Bundesregierung Richtungslosigkeit in der Europapolitik vor. *nd/Agenturen* Seite 7

Höchste Zahl an Flüchtlingen seit Zweitem Weltkrieg

UNO: Bis Mitte 2014 verloren fast 57 Millionen Menschen ihre Heimat

Genf. Das Ausmaß von Flucht und Vertreibung hat vor allem durch die zahlreichen bewaffneten Konflikte weltweit den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht: Bis Mitte 2014 verzeichnete das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR 56,7 Millionen Flüchtlinge sowie Vertriebene innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Die mit Abstand meisten Asylanträge stellten Flüchtlinge in Deutschland, wie aus dem am Mittwoch in Genf veröffentlichten Halbjahresbericht 2014 des UNHCR hervorgeht.

Allein innerhalb der ersten sechs Monate des vergangenen Jahres wurden 5,5 Millionen Menschen durch Krieg, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in die Flucht getrieben. 1,4 Millionen von ihnen flohen über Landesgrenzen hinweg, die anderen suchten innerhalb des eigenen Staates Schutz. Die meisten Flüchtlinge stammten aus Syrien, mehr als drei Millionen. Bislang bildeten rund 2,7 Millionen Menschen aus Afghanistan die größte Flüchtlingsgruppe.

Mit der Zahl der Flüchtlinge ging weltweit auch die der Asylanträge deutlich nach oben – wobei Deutschland wie in früheren Jahren das begehrteste Zielland ist. In der Bundesrepublik baten von Januar bis Ende Juni 67 400 Menschen um Asyl – fast 20 000 mehr als in den USA (47 500) sowie deutlich mehr als doppelt so viele wie in Frankreich, mit 29 900 Anträgen auf Platz drei. *dpa/nd*

CSU verteidigt ihre Asylpolitik

Seehofer will Ende der Debatten über Pegida und AfD

Wildbad Kreuth. CSU-Chef Horst Seehofer verteidigte am Mittwoch auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im bayerischen Wildbad Kreuth das Flüchtlingskonzept seiner Partei. Die CSU fordert unter anderem eine Beschleunigung von Asylverfahren, um schnellere Abschiebungen zu ermöglichen. Der Münchner Erzbischof und Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, hatte das Konzept kürzlich kritisiert: »Pauschale Lösungen lehnen wir als Kirchen ab, denn das Asylrecht ist bezogen auf den Einzelnen.« Seehofer kündigte auf der Klausur an, er werde mit dem Kardinal bald ein Gespräch führen.

Der CSU-Chef hat außerdem die Union zu einem Ende der Diskussionen über die islamfeindliche Pegida-Bewegung und die Partei Alternative für Deutschland (AfD) aufgefordert. Die Union ringt seit Monaten um ihre Haltung zur AfD und diskutiert seit dem wachsenden Zulauf für die Pegida-Bewegung in Dresden über den Umgang mit der Gruppierung.

Die CSU-Landesgruppe will auf der bis Freitag andauernden Klausur ihre Marschrichtung für das neue Jahr festlegen. Seehofer sagte, das Jahr 2015 sei entscheidend für einen Erfolg bei der Bundestagswahl 2017. Er bemühte sich auch, ein Aufflammen der Debatte über seine Nachfolge zu verhindern und stellte klar, dass er seinen Abtritt als bayerischer Ministerpräsident 2018 auch mit der Aufgabe des Parteivorsitzes verbindet. Wann genau er den Parteivorsitz abgeben will, das ließ er offen. *AFP/nd* Kommentar Seite 4

► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Im Osten bekommen heute mehr Menschen Diabetes als vor 25 Jahren. Was läuft hier schief?

ISSN 0323-3375

